

Ewald Walterskirchen

## Exportdynamik lässt nach

**Der Warenexport als Konjunkturmotor verliert an Schwung, und die positiven Effekte der Steuerreform auf den privaten Konsum sind noch nicht voll eingetreten. Der deutliche Rückgang der Inflationsrate stärkt jedoch neben der Steuerreform die Kaufkraft und lässt im 2. Halbjahr höhere Zuwächse des privaten Konsums erwarten. Seit zwei Monaten machen auch die Unternehmensumfragen im Euro-Raum Hoffnung auf eine leichte Belebung der derzeit flauen Konjunktur. In Österreich zeigen die jüngsten Befragungen keinen eindeutigen Trend.**

Der Konjunkturbericht entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter des WIFO. • Abgeschlossen am 9. August 2005 • E-Mail-Adresse: [Ewald.Walterskirchen@wifo.ac.at](mailto:Ewald.Walterskirchen@wifo.ac.at)

Hatten die Exporte im letzten Jahr das Wirtschaftswachstum getragen, so büßten sie nun deutlich an Dynamik ein. In den ersten fünf Monaten 2005 stiegen sie nominell nur 3% gegenüber dem Vorjahr. Darin spiegeln sich vor allem die neuerliche Schwäche der europäischen Konjunktur, die Verlangsamung des Welthandelwachstums und der relativ hohe Euro-Kurs. Die jüngste Verbesserung der Unternehmenserwartungen im Euro-Raum – insbesondere in Deutschland – nährt jedoch die Hoffnung auf eine Konjunkturerholung im 2. Halbjahr.

In Österreich zeigt sich in den Industrieumfragen im III. Quartal keine Aufwärtstendenz der Auftrags- und Geschäftslage. Die Kapazitäten der Betriebe sind nur durchschnittlich ausgelastet, es fehlt an entsprechender Nachfrage. In den nächsten Monaten erwarten die Unternehmen eine mäßige Ausweitung der Produktion.

Die Bauwirtschaft beurteilt die Geschäftslage relativ günstig. Dies gilt vor allem für den Tiefbau, der hohe Auftragszuwächse verzeichnet. Im Wohnbau stagnieren die Aufträge.

Die Einzelhandelsumsätze steigen trotz der deutlichen Nettoeinkommenszuwächse durch die Steuerreform schwächer als 2004. In den ersten fünf Monaten 2005 lagen sie real um nur rund 1% über dem Vorjahreswert. Die Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt dämpft die Konsumneigung. Die verzögerten Effekte der Steuerreform sollten im 2. Halbjahr höhere Konsumzuwächse auslösen – sofern nicht weitere Energiepreissteigerungen die Kaufkraft der privaten Haushalte schmälern.

In den letzten Monaten ließ der Preisauftrieb merklich nach. Im Mai und Juni war die Inflationsrate mit 2,3% um ½ Prozentpunkt niedriger als in den Vormonaten, insbesondere weil sich Nahrungsmittel weniger verteuerten. Fast die Hälfte der Inflationsrate geht auf den Anstieg der Energie- und Wohnungskosten zurück.

Die Arbeitslosigkeit steigt trotz einer Zunahme der Beschäftigung. Trotz mäßiger Konjunktur erhöhte sich die Zahl der aktiv Beschäftigten im Juli um 29.200 (+0,9%). Dies geht vor allem auf die zunehmende Flexibilisierung des Arbeitsmarktes zurück. Die Produktivität (BIP je Beschäftigungsverhältnis) nahm in den letzten Monaten infolge der Ausweitung der Teilzeitarbeit nur etwa ½% zu. Die zusätzlichen Arbeitsplätze kamen zu rund 70% Frauen zugute.

Die Zahl der Arbeitslosen nimmt trotz der kräftigen Beschäftigungsexpansion weiter zu. Im Juli waren beim Arbeitsmarktservice 210.900 Arbeitsuchende gemeldet, um 10.000 mehr als vor einem Jahr. Der Großteil der Arbeitslosen strebt eine Vollzeitbeschäftigung an, doch stehen zu wenige Vollzeitarbeitsplätze zur Verfügung. Langzeitarbeitslose konkurrieren um die begrenzte Zahl freier Vollzeitarbeitsplätze mit

Neueintretenden, Personen aus der stillen Reserve und Arbeitsuchenden aus dem Ausland. Dabei sind sie oft wenig wettbewerbsfähig. Verstärkte Anreize für Unternehmen, Langzeitarbeitslose einzustellen, sowie Anreize für Arbeitslose, einen schlechter bezahlten Arbeitsplatz anzunehmen, sind ein Gebot der Stunde. Langzeitarbeitslose büßen an Qualifikation ein und benötigen deshalb besonders intensives On-the-Job-Training.

## Weiterhin hohes Wirtschaftswachstum in den USA

Die Weltwirtschaft befindet sich nach wie vor im Aufwind. Nachdem die Wirtschaft der USA die Rezession 2001 rasch überwunden hatte, kam ein selbsttragender Konjunkturaufschwung in Gang, der trotz der hohen Rohölpreise und der adäquaten vorsichtigen Straffung der Geldpolitik anhält. Seit mehr als drei Jahren wächst die Wirtschaft wieder kräftig und an der Kapazitätsgrenze.

Im II. Quartal schwächte sich die Dynamik in den USA leicht ab (Jahresrate +3,4% nach +3,8% im I. Quartal), weil die Lagerinvestitionen nachließen. Die Exporte nahmen im II. Quartal real um 12½% zu, die Ausrüstungsinvestitionen um 9% und die Konsumausgaben der privaten Haushalte um 3,3%. Der private Wohnbau, der das Wachstum seit Jahren auch dank steigender Immobilienpreise mitträgt, zog um 11% an. Das anhaltende Wirtschaftswachstum zeigt positive Effekte auf dem Arbeitsmarkt, die Arbeitslosenquote verringerte sich in den letzten Monaten auf etwa 5%.

Der BIP-Deflator erhöhte sich im II. Quartal um 3,2%, etwas stärker als im I. Quartal. Ausschlaggebend war dafür die Energieverteuerung. Im Gegensatz zur EU sieht die Geldpolitik in den USA Preissteigerungen von etwa 3% nicht als Anlass für Interventionen. Die Rohölverteuerung ist primär eine Folge des robusten Wirtschaftswachstums in Amerika und Asien; darüber hinaus spiegelt sie Spekulationswellen wider.

Auch in China, Indien und Lateinamerika expandierte die Wirtschaft weiterhin rasch und hielt die Nachfrage nach Rohöl und Industrierohstoffen hoch. Die chinesische Wirtschaftspolitik ist zu einer mäßigen Aufwertung des Renminbi bereit, um das Leistungsbilanzgleichgewicht zwischen den USA und China zu verringern. Die chinesische Währung ist künftig nicht mehr an den Dollar, sondern an einen Währungskorb gebunden.

## Erwartungen der Unternehmen im Euro- Raum leicht verbessert

*Die Schwächephase der Wirtschaft im Euro-Raum hält nun schon das fünfte Jahr an, konkrete Anzeichen für einen Konjunkturaufschwung fehlen. In den letzten zwei Monaten haben sich jedoch die Erwartungen der Unternehmen leicht verbessert. Das nährt die Hoffnung auf eine Konjunkturerholung im 2. Halbjahr.*

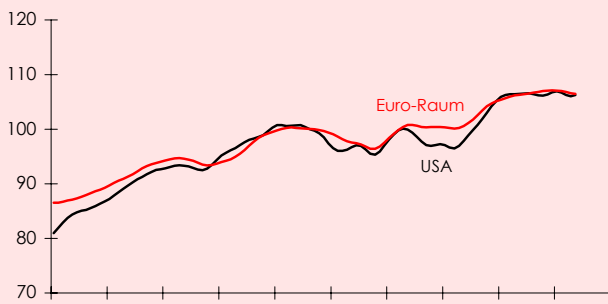
Im Euro-Raum ist die Wirtschaft in hohem Maße auf den Export ausgerichtet und damit gegenüber Schwankungen der Weltnachfrage und der Devisenmärkte sehr empfindlich. So wirkt die starke Euro-Aufwertung des Jahres 2004 noch nach. Die Inlandsnachfrage entfaltet wenig eigene Kraft, sie reagiert weniger als im angelsächsischen Raum auf Zinssatzsenkungen. Überdies wird die Inlandsnachfrage rasch in Mitleidenschaft gezogen, wenn sich die Ausfuhrdynamik abschwächt.

Der Wirtschaftspolitik ist es im Euro-Raum – im Gegensatz zu den USA – in den letzten Jahren nicht gelungen, einen selbsttragenden Konjunkturaufschwung in Gang zu setzen. Die gute Exportkonjunktur griff nicht wie in der Vergangenheit auf Investitionen und Konsum über. Trotz relativ niedriger Zinssätze und deutlich steigender Gewinne weiten die Unternehmen ihre Investitionen kaum aus. Die Absatzerwartungen sind gedrückt, die Kapazitäten schlecht ausgelastet. Hier könnte der Verzicht auf eine aktive Konjunkturpolitik in den meisten europäischen Ländern eine Rolle spielen. Die Investitionsförderungen (z. B. vorzeitige Abschreibungen) wurden meist abgeschafft und durch allgemeine Steuerentlastungen für Unternehmen ersetzt; die Steuerbelastung der Unternehmensgewinne hängt damit nicht mehr mit dem Investitionsvolumen zusammen. Darüber hinaus schränkt die öffentliche Hand Infrastrukturinvestitionen in Rezessionsphasen besonders stark ein. Die Europäische Kommission fordert gleichzeitig die Länder auf, ihr strukturelles Budgetdefizit auch in Stagnationsphasen zu verringern.

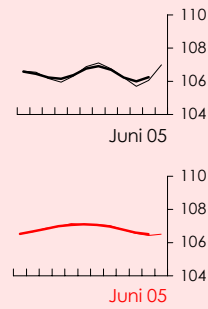
Abbildung 1: Internationale Konjunktur

Saisonbereinigt, 2000 = 100, gleitende Dreimonatsdurchschnitte

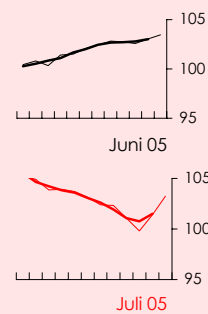
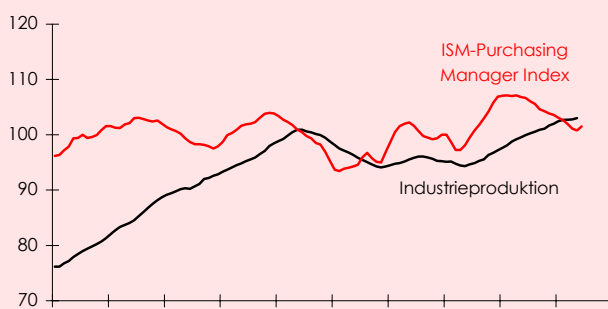
Leading indicators



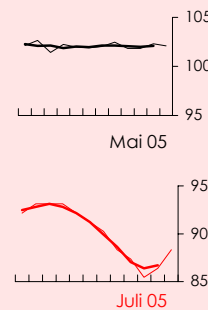
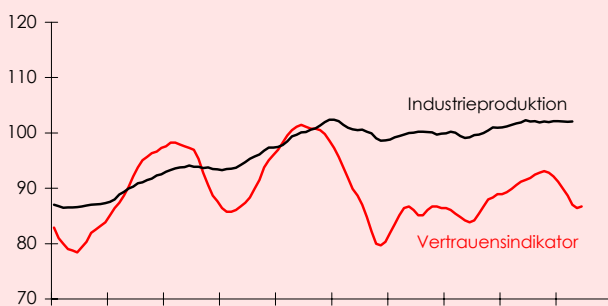
Entwicklung in den letzten 12 Monaten



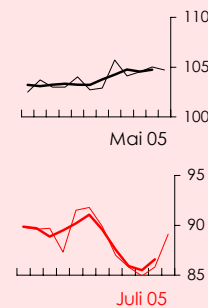
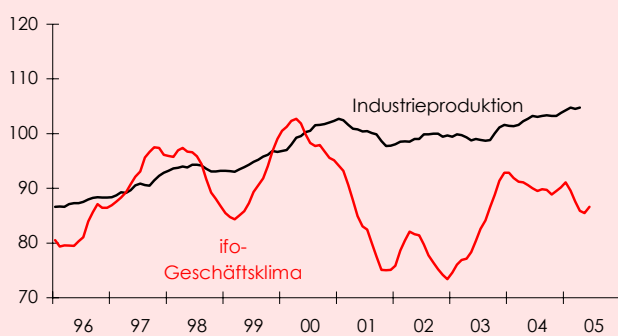
USA



Euro-Raum



Deutschland



Q: Europäische Kommission, DBB (Deutsche Bundesbank), ISM-Institute for Supply Management™, ifo-Deutschland, OECD.

Österreich betrieb als eines der wenigen EU-Länder eine aktive Konjunkturpolitik. Die Bauwirtschaft entwickelte sich dank der ASFINAG- und SCHIG-Investitionen wesentlich günstiger als in den Nachbarländern, und die Ausrüstungsinvestitionen stiegen infolge der Investitionszuwachsprämie viel rascher als im Euro-Raum. In den meisten anderen europäischen Ländern setzte die Wirtschaftspolitik entweder keine Maßnahmen zur Konjunkturbelebung, oder sie beschränkte sich auf Senkungen der Einkommen- und Unternehmenssteuern, deren negative Budgetwirkungen durch Kürzungen von Investitionen und Transfers ausgeglichen wurden. Die Wachstumseffekte von Steuersenkungen hängen jedoch – im Gegensatz zu denen der öffentlichen Investitionen – stark von Stimmungsfaktoren ab.

Die Wirtschaft befindet sich im Euro-Raum nun schon das fünfte Jahr in einer Schwächephase. 2005 dürfte das BIP-Wachstum spürbar niedriger ausfallen als 2004, da der Export als Konjunkturmotor an Dynamik verliert. Auf eine geringe Expansion im II. Quartal deutet die Flaute in der Sachgütererzeugung hin. Der BIP-Indikator der Europäischen Kommission zeigt ein vierteljährliches Wachstum von 0,1% bis 0,5% an. Die Rohölverteuerung kann das Fehlen einer Aufwärtstendenz im Euro-Raum nicht primär erklären, da sie den Konjunkturaufschwung in den USA und in Asien nicht stoppte.

Im Mai stagnierte die Industrieproduktion im Euro-Raum im Vorjahresvergleich, gegenüber dem Vormonat ging sie leicht zurück. Auch die Auftragseingänge waren rückläufig. Im Einzelhandel blieb die Entwicklung ebenfalls flach, das Absatzvolumen überstieg das Vorjahresergebnis im Juni um etwas weniger als 1%. Sehr stark expandierte der Einzelhandel, durch hohe Immobilienpreise begünstigt, in den skandinavischen Ländern, am schwächsten in Deutschland (+½%).

Die beträchtliche Rohölverteuerung beschleunigte den Preisauftrieb. Die Inflationsrate lag im Juli nach Eurostat-Vorausschätzungen bei 2,2%. Angesichts der Konjunkturfalte ließ die Europäische Zentralbank die Zinssätze dennoch in ihrer jüngsten Sitzung unverändert.

Die ungünstige Wirtschaftsentwicklung ließ keine Verringerung der Arbeitslosigkeit und der öffentlichen Defizite zu. Die Arbeitslosenquote blieb im Juni gegenüber dem Vormonat unverändert bei 8,7% (Deutschland 9,5%). Gegen Italien und Portugal leitete die Europäische Kommission wegen des hohen Budgetdefizits weitere Schritte ein.

Aus den Konjunkturmfragen lässt sich jedoch die Erwartung eines Aufschwungs ableiten. Im Juli verbesserte sich das Geschäftsklima im Euro-Raum zum zweiten Mal in Folge (+0,2 Prozentpunkte). Deutlich günstiger beurteilten die Führungskräfte in der Industrie den Produktionsverlauf der letzten Monate. Das Vertrauen in die weitere Wirtschaftsentwicklung wurde auch durch eine Zunahme der Auftragsbestände und einen Abbau der Fertigwarenlager gestützt. Die Produktionserwartungen blieben dennoch unverändert gedämpft.

Die Aussichten für das 2. Halbjahr haben sich gemäß EU-Umfragen und BIP-Vorlaufindikator verbessert. Der Euroframe-Indikator der Financial Times, der neben Umfrageergebnissen auch Rohölpreise, Wechselkurse, Zinssätze und den Purchasing-Manager-Index der USA einbezieht, kündigt jedoch keine Beschleunigung des Wirtschaftswachstums im III. Quartal an.

## Aufhellung des Geschäftsklimas in Deutschland

Die deutsche Wirtschaft befand sich im Frühjahr 2005 in einer ausgeprägten Schwächephase. Das reale BIP dürfte im II. Quartal gegenüber dem Vorquartal nur geringfügig gewachsen sein. In den letzten Monaten zogen jedoch die Aktienkurse in Deutschland stark an. Darin könnten sich die Hoffnungen der Finanzmärkte auf eine politische Wende nach den Wahlen im Spätsommer spiegeln. Der Anstieg der Aktienkurse trieb den ZEW-Index, der unter Finanzmanagern erhoben wird, in die Höhe. Aber auch der ifo-Geschäftsklimaindex hellte sich im Juli überraschend deutlich auf, er stieg von 93,3 auf 95,0 Punkte. Deutsche Konjunkturforscher interpretieren dies als ersten Hinweis auf eine Tendenzwende.

Getragen wurde der Stimmungsaufschwung vor allem von der spürbaren Verbesserung der Geschäftserwartungen, aber auch der aktuellen Lage. Er beschränkte sich jedoch auf Industrie und Gewerbe, während sich im Einzelhandel die Geschäftserwartungen verschlechterten. Dies könnte auf die nach wie vor hohe Arbeitslosigkeit und die Diskussion über eine Anhebung des Mehrwertsteuersatzes zurückgehen.

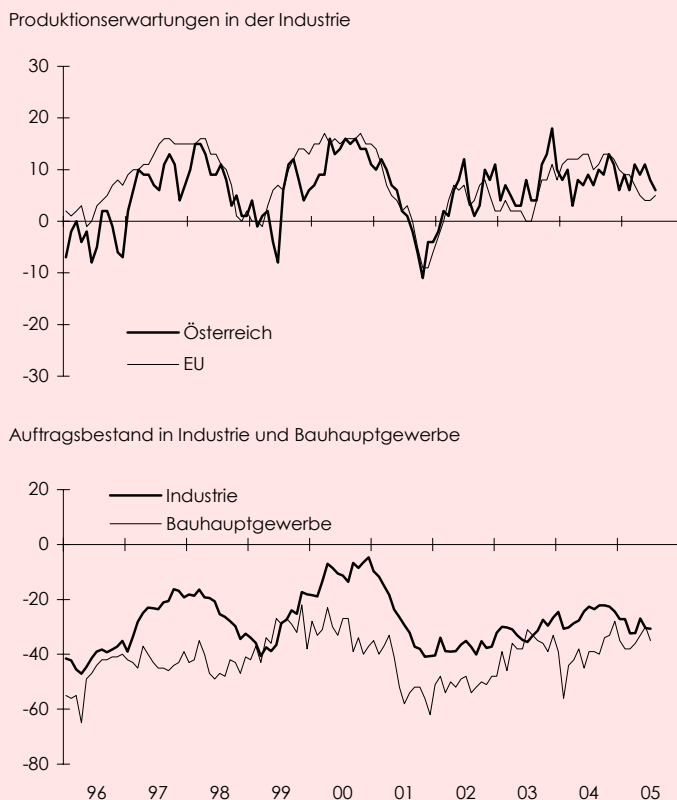
Trotz des massiven Nachfrageimpulses aus dem Ausland im Jahr 2004 kam in Deutschland kein selbsttragender Konjunkturaufschwung in Gang. Die Exportdynamik ließ nach, noch bevor sie sich auf die Inlandsnachfrage übertragen hätte. Ein wichtiger Grund für die Schwäche der Inlandsnachfrage in Deutschland ist die Krise der Bauwirtschaft. Im Gegensatz zu den angelsächsischen Ländern profitierte der Wohnungsbau nicht von einem Anstieg der Immobilienpreise. Zugleich traf der Rückgang der öffentlichen Investitionen die Bauwirtschaft.

Im Jahr 2004 wuchs die österreichische Wirtschaft nach Berechnungen von Statistik Austria um 2,4%, signifikant rascher als im Euro-Raum (+2,0%). Einerseits war dafür die überdurchschnittliche Steigerung der Exporte und der Industrieproduktion maßgebend, andererseits die Impulse der Konjunkturpakete für die Bau- und Ausrüstungsinvestitionen.

## Kein eindeutiger Stimmungstrend in Österreich

Abbildung 2: Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests

Salden aus positiven und negativen Meldungen in % der befragten Unternehmen, saisonbereinigt



Q: Europäische Kommission, WIFO-Konjunkturtest.

Die Sachgütererzeugung lag in der ersten Jahreshälfte deutlich über dem Vorjahresniveau, die Zuwächse wurden jedoch mit nachlassender Exportdynamik tendenziell kleiner. In den Monaten Jänner bis Mai erzeugte die Industrie laut Produktionsindex um 5½% mehr als im Vorjahr. Angesichts der beträchtlichen Verteuerung der Vorleistungen überzeichnet jedoch der Produktionsindex, der eine konstante Vorleistungsquote unterstellt, die Entwicklung der Wertschöpfung.

In der Konjunkturumfrage zeigt sich im III. Quartal kein eindeutiger Trend der Stimmung in der heimischen Sachgütererzeugung. Viele Unternehmen beschreiben ihre Geschäfts- und Auftragslage als befriedigend, nur wenige befinden sich in einer außergewöhnlich guten oder schlechten Situation. Die Kapazitäten sind nur durchschnittlich ausgelastet. Die Unternehmen könnten mehr produzieren, wenn die Nachfrage höher wäre. In den nächsten Monaten erwarten die Unternehmen eine mäßige Ausweitung der Produktion, allerdings unter steigendem Preisdruck und daher einer Eintrübung der Geschäftslage. Verglichen mit dem II. Quartal verschlechterte sich die Einschätzung der Auftragsbestände im III. Quartal nicht mehr weiter, die Exportaufträge wurden jedoch neuerlich ungünstiger eingestuft.

Die Lage der Bauwirtschaft ist nach wie vor relativ günstig. Die Bauunternehmen schätzen die Auftragsbestände und die Geschäftslage überdurchschnittlich gut ein. Nach einem schwachen Jahresbeginn belebte sich die Produktion seit dem Frühjahr deutlich. Die Auftragsbestände lagen Ende April im Tiefbau um 30% über dem Vorjahresniveau, im Wohnbau stagnierten sie, und im sonstigen Hochbau lagen sie darunter.

## Dynamik der Exporte deutlich abgeschwächt

*Die Ausfuhr, bisher der Konjunkturmotor in Österreich, verlor in den letzten Monaten stark an Schwung und übertraf kaum mehr das Vorjahresniveau. Die Verlangsamung des Welthandelwachstums und die Schwäche der europäischen Konjunktur schlagen sich hier nieder.*

In der ersten Jahreshälfte dämpfte die neuerliche Schwäche der europäischen Konjunktur die österreichischen Exporte – sie übertrafen das Vorjahresniveau in den ersten fünf Monaten um nur noch 3%, im Mai stagnierten sie.

Besonders günstig entwickelten sich in den Monaten Jänner bis Mai die Exporte in die OPEC- und GUS-Staaten ("Recycling der Erdölgelder"). Auch die Exporte in die neuen EU-Länder und nach Südosteuropa florierten. In Deutschland wurde dagegen nicht mehr abgesetzt als vor einem Jahr, die Lieferungen in die übrige EU 15 wurden nur wenig ausgeweitet. Die Einschätzung der Exportaufträge durch die Unternehmen lässt in den kommenden Monaten keine durchgreifende Besserung erwarten.

Die Importe wuchsen von Jänner bis Mai mit der gleichen Rate wie die Exporte (+3%). Ausschlaggebend war die Verteuerung der Energieimporte: Der Einfuhrwert der Roh- und Brennstoffe nahm um 32% zu. Die Importe aus den EU-Staaten stagnierten. Erwartungsgemäß ging die Einfuhr von Maschinen und Fahrzeugen (-17%) nach dem Auslaufen der Investitionszuwachsprämie deutlich zurück. Die Ergebnisse des WIFO-Investitionstests lassen für 2005 eine leichte Dämpfung der Investitionen der Sachgüterproduzenten erwarten, eine Reaktion auf die hohen steuerlich stimulierten Investitionen der letzten Jahre<sup>1)</sup>.

Die Warenverkehrsbilanz war von Jänner bis Mai annähernd ausgeglichen; der geringfügige Exportüberschuss fiel etwas kleiner aus als im letzten Jahr.

## Sommertourismus bisher wenig zufriedenstellend

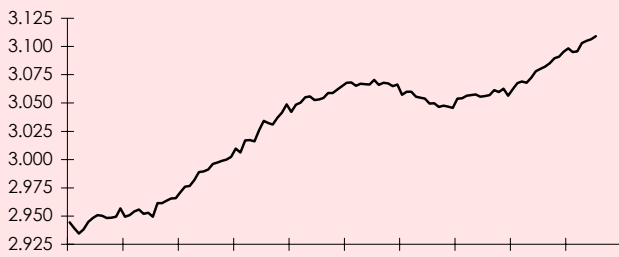
Im Mai und Juni 2005 stiegen die Tourismusumsätze nach vorläufigen Berechnungen gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um rund 2%. Die Nachfrageabschwächung im Juni war kalenderbedingt und auf die Feiertagskonzentration im Mai zurückzuführen. Für das gesamte Sommerhalbjahr wird mit einem Umsatzzuwachs in ähnlicher Größenordnung wie in der Wintersaison 2004/05 gerechnet (etwa +4% bis +4½%).

Auf den für Österreich wichtigen ausländischen Herkunftsmärkten entwickelte sich die Nachfrage zu Beginn der Sommersaison ungünstig. Stark rückläufig war die Zahl der Übernachtungen von Gästen aus Frankreich. Die Nachfrage der österreichischen Gäste nach Inlandsaufenthalten war dagegen etwas höher als im Vorjahr. Die Zahl der Übernachtungen lag im Mai und Juni um durchschnittlich 1,4% unter dem Vorjahresniveau. Zuwächse verzeichneten die Betriebe im Burgenland, in Oberösterreich, in der Steiermark, in Wien und Niederösterreich. In Tirol entsprach die Entwicklung etwa dem Österreich-Durchschnitt, während Vorarlberg, Salzburg und Kärnten Einbußen verzeichneten.

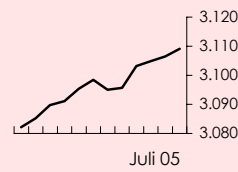
<sup>1)</sup> Siehe dazu im Detail Czerny, M., Falk, M., Schwarz, G., "Investitionen stagnieren 2005. Ergebnisse des WIFO-Investitionstests vom Frühjahr 2005", WIFO-Monatsberichte, 2005, 78(8).

Abbildung 3: Wirtschaftspolitische Eckdaten

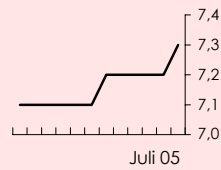
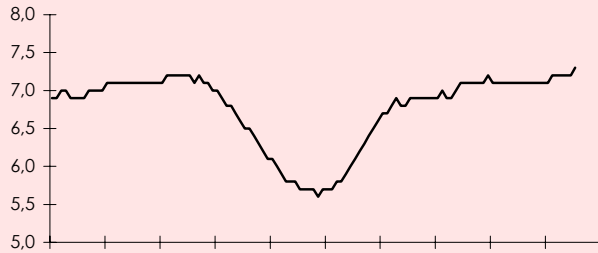
Unselbständig aktiv Beschäftigte<sup>1)</sup>, in 1.000, saisonbereinigt



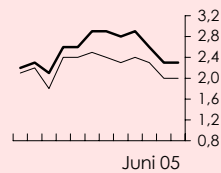
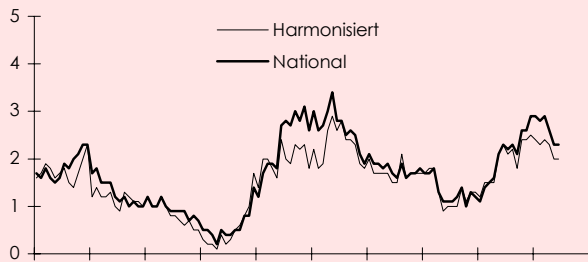
Entwicklung in den letzten 12 Monaten



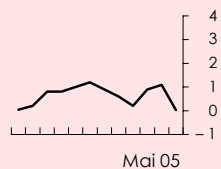
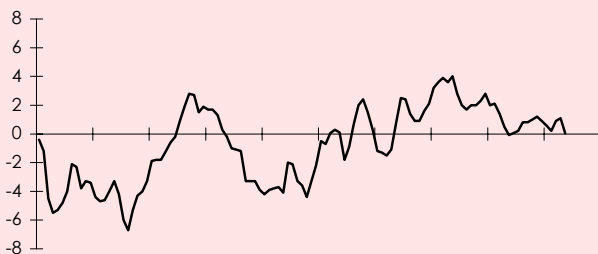
Arbeitslosenquote, in % der unselbständigen Erwerbspersonen, saisonbereinigt



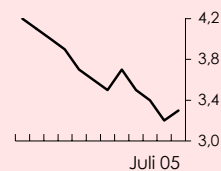
Inflationsrate, in %



Effektiver Wechselkurs, real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Sekundärmarkttrendite für 10-jährige Bundesanleihen, in %



Q: Arbeitsmarktservice Österreich, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, OeNB, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Unselbständig Beschäftigte ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst, ohne arbeitslose Schulungsteilnehmer mit Beihilfen zur Deckung des Lebensunterhalts.



## Einzelhandelsumsätze steigen nur mäßig

Eine Ausweitung des privaten Konsums, wie sie im Gefolge der Steuerreform zu erwarten war, ist eine wichtige Voraussetzung für eine Beschleunigung des Wirtschaftswachstums in diesem Jahr. Bisher wuchsen die Umsätze im Einzelhandel jedoch langsamer als 2004: Im Durchschnitt der Monate Jänner bis Mai 2005 stiegen sie gegenüber dem Vorjahr real um nur etwa 1%. Im Mai war ein kräftiger Zuwachs zu verzeichnen, der das schwache Ergebnis der Vormonate teilweise ausglich. Im gesamten II. Quartal erholte sich der Einzelhandel.

Der Kfz-Handel war im I. Quartal sogar rückläufig, erholte sich jedoch im April und Mai. Die Pkw-Neuzulassungen überstiegen das Vorjahresergebnis im II. Quartal um 2½%. Nachdem der Großhandel in den ersten Monaten real stagniert hatte, wies er im Mai ein deutliches reales Plus auf.

Für das 2. Halbjahr ist im Einzelhandel mit kräftigeren Umsatzsteigerungen zu rechnen, da sich die Einkommenseffekte der Steuerreform zunehmend auf den privaten Konsum auswirken sollten. Die Ausgaben für dauerhafte Konsumgüter hängen jedoch stark von Stimmungsfaktoren ab.

## Preisauflieb hat sich beruhigt

*Die Inflationsrate war im Mai und Juni deutlich niedriger als in den Vormonaten. Entscheidend war dafür die geringere Verteuerung von Nahrungsmitteln und Wohnungsaufwand.*

Im Mai und Juni war die Teuerungsrate mit 2,3% um etwa ½ Prozentpunkt niedriger als in den ersten vier Monaten des Jahres. Energiepreise und Wohnungskosten trugen zwar fast die Hälfte zur Inflationsrate bei, erhöhten sich aber weniger als in den Monaten zuvor. Die Dieselpreise (+18%) wurden viel stärker angehoben als die Benzinpreise (+4%). Da wegen der steuerlichen Begünstigungen in den letzten Jahrzehnten der Anteil der Dieselaautos merklich zugenommen hat, fällt diese Erhöhung besonders ins Gewicht. Die Ausgaben zur Errichtung, Miete und Instandhaltung von Wohnungen haben ein Gewicht von fast 14% im Warenkorb; in den letzten Monaten ließ die Teuerung in dieser Warengruppe etwas nach. Noch stärker trugen die Nahrungsmittelpreise zur Inflationsberuhigung bei. Sie stiegen im Juni gegenüber dem Vorjahr um nur 0,8%, halb so stark wie in den ersten vier Monaten 2005.

Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex erhöhte sich im Juni mit +2,0% neuerlich langsamer als der österreichische VPI. Die Teuerung war damit in den letzten zwei Monaten etwas niedriger als im Euro-Raum, nachdem sie zuvor deutlich darüber gelegen war.

Die Überwälzung der Steigerung der Energiekosten auf Erzeugerpreise und Löhne fällt bisher wegen der Nachfrageschwäche gering aus. Die Erzeugerpreise der Industrie blieben relativ stabil, und auch die Löhne reagierten kaum auf den verstärkten Preisauflieb. Die Tariflöhne übertrafen das Vorjahresniveau im 1. Halbjahr wie in den letzten Jahren um rund 2¼%.

## Arbeitslosigkeit steigt trotz Beschäftigungsausweitung

*Die langsame Konjunkturerholung und vor allem die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes haben einen beträchtlichen Anstieg der Beschäftigung zur Folge. Die Zahl der Arbeitslosen nimmt jedoch weiter zu, da die Unternehmen bevorzugt Personen aus der stillen Reserve und ausländische Arbeitskräfte einstellen.*

Die Beschäftigungsexpansion beschleunigte sich im Juli weiter, die Zahl der aktiv Beschäftigten nahm gegenüber dem Vorjahr um fast 29.200 zu (+0,9%). Wegen der Flexibilisierung und der großen Zahl von Ferial- und Aushilfsstellen in den Sommermonaten sagen diese Zahlen jedoch wenig über die konjunkturelle Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt aus.

Rund 70% der zusätzlichen Beschäftigten sind Frauen; das deutet auf eine Ausweitung der Teilzeitarbeit hin. Neue Arbeitsplätze wurden ausschließlich in privaten und unternehmensnahen Dienstleistungen angeboten. Die Sachgüterproduktion baut Personal ab, und die Bauunternehmen halten ihren Beschäftigtenstand.

Die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte steigt zwar mit +12.000 recht kräftig<sup>2)</sup>, der starke Zuwachs des Arbeitskräfteangebotes geht jedoch zu mehr als zwei Dritteln auf inländische Arbeitskräfte zurück. Die Angebotsentwicklung ist entscheidend für den Anstieg der Arbeitslosigkeit, sie spiegelt die teilweise geringen Eingliederungschancen der Langzeitarbeitslosen wider: Im Wettbewerb um Arbeitsplätze verlieren die Arbeitslosen nicht nur gegenüber den Neueintretenden, sondern auch gegenüber Personen aus der stillen Reserve und Arbeitssuchenden aus dem Ausland.

<sup>2)</sup> Die steigende Zahl von Arbeitskräften aus Ost-Mittleuropa, die zur Umgehung der Übergangsfristen in Österreich Ein-Personen-Firmen gründen, ist in den Beschäftigungsdaten nicht erfasst.



Im Juli waren 210.900 Arbeitslose beim Arbeitsmarktservice vorgemerkt, um 10.000 mehr als vor einem Jahr. Die Arbeitslosenquote lag laut AMS bei 6,1%, gemäß Eurostat saisonbereinigt bei 5,1%. Die Kennzahl laut Eurostat ist im Zeitverlauf relativ stabil, sie wurde jedoch aufgrund neuer Arbeitskräfteerhebungen um ½ Prozentpunkt nach oben korrigiert.

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit wurde im Juli weniger durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gedämpft als in den Vormonaten. 40.300 Arbeitslose befanden sich in Schulungsmaßnahmen.